

**Einbringung des Haushalts 2018 in der GR-Sitzung am 19.12.2017**  
**Haushaltsrede von Bürgermeister Stefan Martus**  
(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

beginnen werde ich meine Haushaltsrede mit folgendem Ausspruch:

„Es ist nicht genug, zu wissen, man muss es auch anwenden;  
Es ist nicht genug, zu wollen, man muss es auch tun.“

Johann Wolfgang von Goethe hat es treffend formuliert und wir wollen uns daran orientieren.

Ein einschneidendes Ereignis in diesem Jahr war sicherlich die Einstellung der Reifenfabrikation der Firma Goodyear Dunlop Tires GmbH zum 31. Juli. Der am 26. April 2017 unterschriebene Sozialplan sieht vor, dass ab 1. Januar 2018 die ehemaligen Mitarbeiter von Goodyear, die bis dato noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, in der Transfergesellschaft Weitblick beschäftigt sein werden. Bis Jahresende erhalten die Mitarbeiter noch ihren Arbeitslohn von der Firma Goodyear. Der hervorragend vom Betriebsrat verhandelte Sozialplan dämpft zumindest für die Beschäftigten einigermaßen, zeitlich befristet, die finanziellen Auswirkungen.

Für die Stadt Philippsburg ist damit das letzte noch verbliebene große Standbein, das die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt einmal ausmachte, abhandengekommen. Wir sind einem enormen Strukturwandel ausgesetzt.

Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, dem Abzug der Kaserne und der Schließung des Hebel-Steinwerkes war allein noch die Firma Goodyear übrig geblieben.

Diese wird nach heutigem Stand mit ihrem europäischen Logistikzentrum, das sind immerhin 250 Arbeitsplätze, noch vor Ort bleiben.

Der letzte kamerale Haushaltsplan der Stadt Philippsburg für das Jahr 2018 schließt mit roten Zahlen ab. Die mittelfristige Finanzplanung sieht zwar wieder Zuführungsraten in den Verwaltungshaushalt vor, allerdings werden wir mit Einführung der Doppik 2019 ff unsere Abschreibungen, wie bisher auch, nicht erwirtschaften können und mit negativen Ergebnishaushalten abschließen, trotz boomender Wirtschaft.

Wenn dann Politiker auf Bundes- und Landesebene behaupten, die Kommunen schwimmen im Geld, dann ist das an Unverschämtheit nicht zu überbieten und die Verärgerung aller Bürgermeisterkolleginnen und –kollegen, wie zuletzt in der Bürgermeisterversammlung des Landkreises Karlsruhe am 29. November 2017 geäußert, ist mehr als verständlich und nachvollziehbar.

Wenn die Landesregierung Baden-Württemberg die Verhandlungen über die Finanzbeziehungen mit den Spitzenverbänden Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag ohne Verhandlungsergebnis abbricht und einen Doppelhaushalt 2018 / 19 dem Landtag vorlegt, ohne einen Konsens erzielt zu haben, dann bleibt leider nur noch die Hoffnung, dass nicht alle Abgeordneten der Regierungsfraktion dies einfach so hinnehmen, so der Gemeindetag Baden-Württemberg. Ein Armutszeugnis der Handelnden oder Phänomen unserer Zeit?

Städte, Gemeinden und Landkreise erhalten immer mehr Aufgaben, ohne dabei mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet zu werden.

Dies ist umso unverständlicher, weil gerade auf der untersten Ebene, der Städte und Gemeinden, die Politik auf die Wirklichkeit trifft und man sich bei Kommunen auf die Erledigung der Aufgaben und damit der Umsetzung von landes- und bundespolitischen Zielen verlassen kann. Natürlich nur bei entsprechender Finanzausstattung.

Sei es bei der Kinderbetreuung bei steigenden Geburtenzahlen und Standards, beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur oder der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Wir bestehen auf unsere Selbstverwaltung und wollen uns nicht nur zum Erfüllungshelfer von Land und Bund machen lassen. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger fordern wir eine adäquate Finanzausstattung, wenn Aufgaben von Oben nach Unten delegiert werden.

An dieser Tatsache wird sich in naher Zukunft leider nichts ändern und in den Haushaltsjahren 2019 bis 2021, nach heutiger Planung, fortsetzen. Wir werden jedoch ohne Kreditaufnahmen für unser vorgesehene Investitionsprogramm bis 2021 auskommen.

Die Stadt muss 2018 2,722 Mio € vom Vermögenshaushalt dem Verwaltungshaushalt zuführen. Insgesamt entnehmen wir der Rücklage 11,478 Mio €, sodass wir Ende 2018 planerisch noch eine Rücklage von knapp 7,1 Mio € haben werden.

Da sich das Jahresergebnis 2017 im Vergleich zur Haushaltsplanung verbessern wird - hier haben wir von der Verfassungswidrigkeit der Brennelementesteuer profitiert -, wird die Rücklage zum 31.12.2017 sicherlich noch knapp einen zweistelligen Millionenbetrag aufweisen.

Der von den BNN zum HH 2013 erfundene „sagenhafter Geldregen über Philippsburg“, hat gerade gereicht, wie 2013 bereits vorausgesagt, um die EnBW Rückerstattungen inklusive Verzinsung im Jahr 2017 zu begleichen. Hier hatten wir immerhin fast 11 Mio € vier Jahre in der allgemeinen Rücklage zwischengeparkt und auch zuletzt Verwahrgelder bezahlt.

Positiv zu vermerken bleibt, dass der Kernhaushalt der Stadt seit 2011 nach wie vor schuldenfrei sein wird.

Auch im Eigenbetrieb Wasser werden wir sukzessive die Schulden von nur noch 569.000 € am 31.12.2018 bis zum Ende der Laufzeit der Kredite zurückzahlen. Im Betrieb Wasserwerk haben wir mittlerweile eine stolze Eigenkapital-Ausstattung von 84%.

Seit 2003 kommen wir ohne Realsteuererhöhungen aus. Diese liegen schon seit Jahren weit unter dem Landesdurchschnitt.

Ohne Gewerbesteuereinnahmen von EnBW und Goodyear können wir immerhin noch 3,2 Mio € Gewerbesteuereinnahmen einplanen und dürfen mit Schlüsselzuweisungen von 5,023 Mio € rechnen. Der Gewerbesteuerdurchschnitt der letzten 15 Jahre lag jedoch bei fast 8 Mio €.

Der Durchschnitt der nächsten Jahre wird sich bei gleichbleibender Konjunktur aller Voraussicht nach bei 3,2 Mio € einpendeln.

Dies bedeutet, dass wir um der Gesamtverantwortung für den Haushalt der Stadt Philippsburg gerecht zu werden, alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen müssen, soweit dies vertretbar und geboten ist.

Leider sind wir auch bei den Kindergartengebühren angehalten, uns den, von den Trägern der Spitzenverbände empfohlenen 20 % Elternbeteiligung an den Gesamtkosten, anzunähern. Die Kindergartenbeiträge für U3- und Ü3-Gruppen werden auch im kommenden Jahr erhöht werden müssen.

Haben wir im Jahr 2012 noch einen Zuschussbedarf aus städtischen Steuermitteln von knapp über 1,6 Mio € gehabt, so wird sich dieser planerisch in 2018 auf über 3,4 Mio € erhöhen.

Dies verdeutlicht am drastischsten, warum es geradezu unverschämt von der Landesregierung ist, aus den Finanzverhandlungen mit den Kommunen auszusteigen. Diese Schere zu Lasten der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger geht immer mehr auseinander, weil der Verteilungsmaßstab der Förderung des Landes noch davon ausgeht, dass die Zahl der zu betreuenden Kinder sinkt.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Wir bauen einen neuen Kindergarten und stattdessen diesen, für insgesamt 2,32 Mio € aus. Die AWO wird diesen ab 1. März 2018 für uns betreiben. Die Landesförderung erhalten wir dafür allerdings erst im Jahr 2019, und dann auch nicht rückwirkend, für die betreuten Kinder zum Stichtag 1. März 2018.

Für das Jahr 2018 macht dies in Summe knapp 660.000 € laufende Mehrausgaben für 4 Kindergartengruppen.

Sollte das Land kostenfreie Kindergartenplätze einführen, geht das nur bei vollem Kostenausgleich für die Kommunen und davon sind wir noch weit entfernt in Baden-Württemberg.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland ist ökonomisch stark, die Wirtschaft boomt, wir haben das stärkste Wirtschaftswachstum seit 2011, aber wir stecken politisch in der Krise und haben, obwohl wir bereits am 24. September 2017 einen neuen Bundestag gewählt haben, noch immer keine Regierung.

Darüber hinaus gibt es für den deutschen Steuerzahler / Sparer viele Risiken:

- Kosten der Flüchtlingspolitik
- Inflationspolitik der Europäischen Zentralbank mit einem Leitzinssatz von 0 %
- Euro Rettungspolitik mit dem deutschen Steuerzahler / Sparer als Hauptgläubiger
- Gemeinsame Einlagensicherung und europäische Transferunion

Darüber hinaus steigen die Steuereinnahmen von Bund und Land stärker als die realen Löhne unserer Bürgerinnen und Bürger.

Gerade jetzt braucht Deutschland, als Land ohne Naturschätze, dringend Investitionen in die Infrastruktur, ohne Schulden für die zukünftige Generation

UND

vor allem Investitionen in Bildung.

Dies wurde auch von Bund und Land erkannt und für 2018 und 2019 Milliardenförderungen im Bereich Bildung, vor allem in Sanierung und Digitalisierung von Schulen versprochen. Ohne neue Regierung liegen diese Investitionsprogramme für Schulhaussanierung, Digitalisierung von Klassenzimmern und Sport- und Schwimmhallen allerdings auf Eis.

Trotzdem sind wir vorbereitet, wenn es wie im Windhundverfahren darum geht, Zuschüsse abzugreifen. Die Sanierung des Gymnasiumdaches in Höhe von 1,3 Mio € und die Digitalisierung der Schulen sollen in dieses Programm eingeordnet werden.

Bei den Kosten für die Flüchtlingspolitik wäre es ein Leichtes für Gerechtigkeit zu sorgen. Eigentlich müsste man nur konsequent zwischen Asylrecht und Flüchtlingsrecht unterscheiden und die bestehenden gesetzlichen Regelungen konsequent anwenden.

Flankierend hierzu würde ein eindeutiges Zuwanderungsrecht für Menschen, die wir aus wirtschaftlichen Gründen in Deutschland brauchen, helfen. Eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme können wir nicht verkraften.

Das für Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge benötigt teilweise mehr als 2 Jahre, um zwischen berechtigten und unberechtigten Asylbewerbern / Flüchtlingen zu entscheiden. Dies wird insbesondere den Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften nicht gerecht, bei denen ein Asylgrund und ein Flüchtlingsgrund vorliegen. In meinen Augen kann dies nur als Verwaltungsversagen bezeichnet werden.

Nur wenn man schnell entscheidet, wer politisch verfolgt ist und wer von Krieg / Bürgerkrieg bedroht wird, wird man den Menschen vor Ort gerecht.

Armutseinwanderung, auch aus EU-Staaten, ins deutsche Sozialsystem bzw. Missbrauch des Asylrechts sollten wir nicht weiter dulden.

Die Unterbringung der Menschen in der BEA in Huttenheim bis Ende Januar 2016 hat gezeigt, dass wir auf Dauer den wirklichen Flüchtlingen und Asylbewerbern nur gerecht werden können, wenn wir hier schnell handeln und entscheiden, dann schaffen wir Gerechtigkeit und das Grundrecht auf Asyl erhält seinen Stellenwert zurück.

Politik muss sich hier an der Wirklichkeit orientieren, Antworten auf Fragen geben und Themen zeitnah erledigen.

Bei der Integration von Flüchtlingen war bisher der Freundeskreis Asyl Karlsruhe e.V. in der Fortsetzung seiner Tätigkeit nach der Zeit der BEA Huttenheim für die Stadt tätig. Im Rahmen der finanziellen Mittel aus der Integrationsförderung des Landes Baden-Württemberg werden wir diese Tätigkeit weiterhin an den Freundeskreis übertragen.

Ein riesengroßes Dankeschön gebührt an dieser Stelle dem riesigen Engagement der ehrenamtlich Tätigen unseres Flüchtlingsnetzwerks „füreinander – aktiv - miteinander“. In den nun schon zweieinhalb Jahren sind viele tolle Projekte und Aktionen zustande gekommen. Ohne unsere Ehrenamtlichen könnten wir es nicht schaffen, so viele Zugewanderte bei uns einzugliedern.

Die Kosten für die Flüchtlings-, Asylbewerber- und Obdachlosenunterbringung in Philippsburg summieren sich in 2018 auf ca. 600.000 €.

Insgesamt haben wir Stand heute 101 Personen in der Anschlussunterbringung aufgenommen. Weiter 43 Personen werden in 2018 zugeteilt werden.

Für die Flüchtlings-, Asylbewerber- und Obdachlosenunterbringung haben wir 2.083.954,67 € für den Kauf und Ausbau einer Containeranlage aufgewendet, die wir in diesem Jahr in Betrieb genommen haben. Für den Rückerwerb des Grundstücks und dessen Bebaubarkeit haben wir 1.834.236 € aufgewendet. Vom Landratsamt Karlsruhe haben wir einen Betrag von 170.000 € für die Bodenverbesserung erhalten. Darüber hinaus erhalten wir 17.116 € pro Jahr an Pacht für die Reservefläche eines möglichen GU Standortes vom Landkreis neben unserer Anschlussunterbringung.

### **Strategisches Ziel „Wirtschaft“**

Beim strategischen Oberziel „Wirtschaft“ können wir mittlerweile von allen unseren Firmen (ohne die Großbetriebe) 3,2 Mio € einplanen, bei normaler wirtschaftlicher Lage.

Nachdem wir im letzten Jahr endlich die Erschließung des Gewerbegebiets Krautstücker fertigstellen konnten, gehen wir in diesem Jahr die Erweiterung des Gewerbegebiets Schorrenfeld an, um u.a. den dort ansässigen Betrieben Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten und sie am Standort zu halten. Hierfür haben wir fast 1,1 Mio € in den Haushaltsplan eingestellt.

Auf 6.000 qm Gewerbefläche siedelt sich in den Krautstücker die Fa. Scheich aus Oberhausen-Rheinhausen an. Weitere 2.000 qm sind für einen Sanitärbetrieb reserviert.

Auf dem ehemaligen Wasgau-Gelände hat ein Aldi- und dm-Markt mit angeschlossener Bäckerei eröffnet.

Die Fa. BioEnergie Nordbaden GmbH hat den Abriss der Kaserne fast vollständig vollzogen. 13,5 Hektar Gewerbefläche warten nach dem Abriss auf ihre wirtschaftliche Entwicklung. Die Zeichen für eine Neuansiedlung von Gewerbebetrieben auf dem Gelände stehen gut.

Mit dem ehemaligen Reifenwerk der Fa. Goodyear stehen weitere 17 Hektar Flächen incl. Hallen zur Verfügung. Letzte Woche hat ein Makler den Vermarktungsauftrag erhalten.

Am 1. Dezember 2017 konnten wir den Kreisel für das Baugebiet Erlenwiesen II und III freigeben. Mittlerweile haben wir auch alle Verträge mit den Privateigentümern in der Tasche, sodass die Erschließung des Baugebietes Erlenwiesen II und III wie geplant im Frühjahr stattfinden kann. Nach ca. einem Jahr Bauzeit können wir dann die ersten Bauplätze zur Bebauung zur Verfügung stellen. Baureife Grundstücke werden Mitte 2019 Realität. Für knapp 3,9 Mio. € zuzüglich 310.000 € Kreiselbeteiligung der Stadt, erhalten wir 93 Grundstücke mit 3.905 m<sup>2</sup>. Ein Glücksfall in der jetzigen Situation. Die Bauplätze können wir in den nächsten Jahren sukzessive an Bauwillige verkaufen und damit Einnahmen erzielen. Die Bauarbeiten zum Kreisel haben wir für 575.000 € vergeben. Mit Ablöse und Planungskosten wird der Kreisel rund 620.000 € kosten.

Zur Vorfinanzierung der Gesamtmaßnahme im Zusammenhang mit dem Kreiselbau und ersten Erschließungsarbeiten für das Baugebiet, wie Wasser, Abwasser und Leerrohr für Breitband haben wir im Haushalt 750.000 € eingestellt.

Im Baugebiet Schanzenäcker in Rheinsheim entstehen zwei barrierefreie Punkthäuser eines privaten Investors, die 2018 bezogen werden können.

Die im Jahr 2016 erarbeitete Gewerbeflächenstudie sieht verschiedene Alternativen für eine Gewerbegebietserweiterung vor: Südlich der B 35 oder im Bereich Wald zur ehemaligen Kläranlage. Diese Flächen liegen alle auf Gemarkung Huttenheim. Ver-

handlungen mit dem Regierungspräsidium bzw. Regionalverband Mittlerer Oberrhein zur planungsrechtlichen Realisierbarkeit haben stattgefunden und die Notwendigkeit einer Regionalplanänderung ergeben. Im Zielabweichungsverfahren realisieren wir die Gewerbegebietserweiterung Schorrenfeld.

Hier werden wir weiter dicke Bretter bohren, um für Neuansiedlungen Flächen zur Verfügung stellen zu können.

In diesem Zusammenhang darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass das Regierungspräsidium mit dem Neubau der L 602 von Huttenheim nach Dettenheim begonnen hat. In zwei Jahren soll die neue Landstraße nach Dettenheim fertiggestellt sein.

Beim Gewerbegebiet Pfaffenloch in Rheinsheim sind wir leider immer noch keinen Schritt weiter, da wir hierzu die Mitwirkung einer Eigentümerin benötigen.

Gewerbegebiete brauchen natürlich eine breitbandige Internetinfrastruktur. Hier treiben wir den Anschluss ans Breitbandnetz des Landkreises weiter voran. Im Haushaltsplan haben wir hierfür fast 1 Mio € vorgesehen. Dann sollen im Gewerbegebiet Bruchstücke die Gewerbebetriebe ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Das Baugebiet Erlenwiesen II und III erhält ebenfalls einen Glasfaseranschluss.

Darüber hinaus haben wir 2016 mit der Telekom breitbandiges Internet für den Stadtteil Philippsburg mit 100 Mbit/s realisiert. Dies haben wir für Huttenheim und Rheinsheim bereits 2009 mit 50 Mbit/s erreicht.

Der S-Bahn-Anschluss Rhein-Neckar mit Direktverbindung nach Karlsruhe und Mainz im 2-Stunden-Takt ist seit 2011 ein idealer Standortvorteil.

Die Machmaier-Gruppe baut zusammen mit dem Caritas-Verband und der Sozialstation auf dem ehemaligen Penny-Gelände das Seniorenzentrum St. Martin mit 40 betreuten Seniorenwohnungen, zwei ambulant betreuten Pflegegruppen, einer Tagesoase und Räumlichkeiten für zwei TigeR-Gruppen (Betreuung von bis zu 24 Kindern unter drei Jahren durch Tagesmütter). Die Einweihung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2018 sein.

Auf dem freien Gelände zwischen Autowerkstatt Fieser und neuem Seniorenwohnenzentrum wird die deutsche Reihenhäuser AG 18 Reihenhäuser mit 27 Stellplätzen erstellen. Wohnraum für junge Familien in direkter Nähe zum S-Bahnanschluss.

Im Bereich Hans-Thoma-Straße / Poststraße sollen 4 Doppelhaushälften und 2 Einzelhäuser entstehen. Die katholische Kirche wird diese dann in Erbpacht anbieten.

Zum 31.12.2017 endet die Ära Amtsnotar nicht nur in Philippsburg sondern auch in ganz Baden-Württemberg. Einen freien Notar konnten wir bisher nicht gewinnen. Die freien Notare in Karlsruhe und Bruchsal wurden jedoch gebeten, im Rathaus Amtstage abzuhalten. Dies werden wir selbstverständlich umsetzen, wenn es die Notare anbieten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende und die damit verbundenen Schwierigkeiten, die geschaffene Infrastruktur zu erhalten, sind bereits seit 2011 enorm zu spüren und bekannt.

Wir haben viele Anstrengungen unternommen, um den Einnahmeausfall aus der Gewerbesteuer einigermaßen zu verkraften, aber nach wie vor wird manch unbequeme Entscheidung auch zukünftig zu treffen sein.

Für Philippsburg bedeutet die Energiewende in den nächsten Jahrzehnten enorme Belastungen, nicht nur im Haushalt, sondern auch durch:

- **Rückbau- und Stilllegung von KKP 1 und KPP 2**
- **Betrieb eines Reststoffbearbeitungszentrums (RBZ) zur Dekontamination von Reststoffen, die beim Rückbau und der Stilllegung von KKP 1 und KKP 2 anfallen.**
- **Bau eines Konverters auf 10 Hektar Fläche am Netzverknüpfungspunkt Philippsburg.**

**Diese drei Punkte sind mittlerweile in unserem Sinn in der Umsetzung und bedeuten immerhin eine Investition von fast 1 Mrd. € auf der Rheinschanzinsel.**

**Weitere vier Punkte sorgen für viel Ärger!**

- **Bau eines Standortabfalllagers (SAL/Zwischenlager für mittel- und schwachradioaktive Abfälle), die beim Rückbau und der Stilllegung nicht freigemessen werden können (Schacht Konrad steht nicht vor 2022 zur Verfügung).**
- **Zwischenlagerung von 5 MAW-Castoren aus der Wiederaufarbeitung La Hague.**
- **Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung.**
- **Mögliche Verlängerung der Genehmigung der Zwischenlagerung für hochradioaktive Abfälle über 2047 hinaus wegen des Neubeginns der Endlager-suche im Rahmen des neuen Standortauswahlgesetzes für ein Endlager.**

## **Zwischenlagerung, Endlagerung und Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung**

Am 29. September 2017 hat die EnBW für die neue bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) beantragt, die 5 Castoren, die aus La Hague in Frankreich zurückgenommen werden müssen, im Zwischenlager in Philippsburg einzulagern.

Mein Zitat vom letzten Jahr lautete: „Ich gehe nicht davon aus, dass dieser noch vor der Bundestagswahl 2017 gestellt wird“. Dass dies aber so knapp, ohne Schamfrist am 29. September passierte, hat selbst mich dann überrascht.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir werden die Einlagerung der MAW Castoren aus La Hague nicht einfach so hinnehmen. Wir haben bereits einen Anwalt mit der Wahrung unserer Interessen beauftragt.

Mit dem sog. „Atomdeal“, ist die Verantwortlichkeit für die Zwischenlagerung auf die Bundesrepublik Deutschland bzw. auf deren extra gegründete Gesellschaft BGZ übergegangen.

Das Zwischenlager für Brennelemente in Philippsburg wird zum 01.01.2019 in die Verantwortung des BGZ übergehen, das gerade im Bau befindliche Standortabfalllager ein Jahr später, zum 01.01.2020.

Der neue Leiter der BGZ war bereits zur Abgabe einer Stellungnahme zur Sitzung der Info-Kommission KKP am 11.12.2017 eingeladen, glänzte jedoch durch Abwesenheit. Die Teilnahme an einer Gemeinderatssitzung hat er jedoch zugesichert, sobald eine neue Bundesregierung steht.

Finanziell bedeutet die Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung für die EnBW, dass nicht alle Kosten für den Fonds aus der Rücklage bestritten werden können. Insbesondere der Risikoaufschlag und die nicht erwirtschafteten Zinsen müssen direkt aus den Unternehmen kommen und belasten somit in 2016 und 2017 direkt die Ergebnisse des Unternehmens.

Positiv wirkte hier, dass die Brennelementesteuer für verfassungswidrig erklärt wurde und hier Rückerstattungen geflossen sind.

Diese sind alle in die Haushaltsergebnisse bis 2017 als Einmaleffekt geflossen und werden sich bereits in der Jahresrechnung der Stadt wiederfinden. Genaue Zahlen dazu werde ich beim Neujahrsempfang am 12. Januar 2018 verkünden können.

Nochmals zur Wiederholung die Eckdaten zum „Atomdeal“:

- Am 1. Juli 2017 wurde ein staatlicher Fonds zur Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung eingerichtet.
- Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben 17,34 Mrd. Euro in diesen Fonds direkt zu Beginn eingezahlt.

- Des Weiteren haben die Anlagenbetreiber durch eine Zahlung von 6,12 Mrd. Euro die Risiken für Zinsen und Haftung an den Staat abgetreten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dem Einstieg in eine neue Endlagerauswahl für hochradioaktive Stoffe wurde ein Nationales Begleitgremium gegründet.

Zentrale Aufgabe des Nationalen Begleitgremiums ist die vermittelnde und unabhängige Begleitung des Standortauswahlverfahrens bis zur Standortentscheidung.

Dazu gehört insbesondere auch die begleitende Umsetzung der Öffentlichkeitsbeteiligung am Standortauswahlverfahren.

Der ASKETA „Vereinigung der Bürgermeister Kerntechnischer Einrichtungen“ ist es gelungen, das Nationale Begleitgremium (NBG) von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass mit dem neuen Auswahlverfahren für ein Endlager auch über die Zwischenlagerung nachgedacht werden muss. Dies sehen Genehmigungsbehörden und mit Einschränkungen auch Bundestagsabgeordnete und Minister nicht unbedingt so.

Das NBG tagt am 12. Januar 2018 in Karlsruhe und lädt zu einem Workshop zur Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle am 13. Januar 2018 von 10:30 Uhr bis 16:00 Uhr nach Karlsruhe ein. Unter dem Titel "Zwischenlager ohne Ende?" will das Gremium dort mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern von Zwischenlagerstandorten und mit Vertreterinnen und Vertretern von Standortinitiativen über Sicherheitsfragen der Zwischenlagerung und Möglichkeiten der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einem Zwischenlager-Diskurs sprechen.

**Der Workshop "Zwischenlager ohne Ende?" findet am Samstag, 13. Januar 2018 von 10:30 Uhr bis 16:00 Uhr im Akademie-Hotel Karlsruhe, Am Rüppurrer Schloß 40 in Karlsruhe statt.**

Es wäre schön, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aus Philippsburg und Umgebung daran teilnehmen würden. Bitte Anmeldung nicht vergessen.

## **Rückbau und Stilllegung**

KKP 1 ist seit Mai 2017 im Rückbau. Für KKP 2 ist die 1. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung beantragt und wird vor Ende des Leistungsbetriebes 2019 erwartet.

## **Reststoffbehandlungszentrum (RBZ) und Standortabfalllager (SAL)**

Baufertigstellung und Aufnahme des Betriebes 2018, sofern die strahlenschutzrechtliche Genehmigung bis dahin erteilt ist.

## **Konverter**

Die Baufeldfreimachung macht täglich Fortschritte. Der Bau der neuen gasisolierten Schaltanlage ist in Vorbereitung. Parkplätze entstehen außerhalb des Geländes. Die Antragsunterlagen werden im Moment vorbereitet, so dass wir in 2018 mit einem BlmSch-Antrag rechnen. Damit der Konverter am Standort der bisherigen zwei Kühltürme gebaut werden kann, müssen diese abgerissen werden. Die EnKK hat sich für eine Sprengung entschieden. Auch diese Anträge sind in Vorbereitung.

## **Retentionsraum Elisabethenwört**

2014 wurden die Planungen zum Retentionsraum Elisabethenwört, einer von 13 Rückhalteräumen im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms (IRP), durch das Regierungspräsidium wieder aufgenommen. Darüber hinaus sieht das Rahmenprogramm II des IRP eine Dammrückverlegung des Rheinhochwasserdammes XXXI zwischen Rheinsheim und Philippsburg vor. Bei beiden Themen gilt es, hellwach zu bleiben und den Planungsträger, das Regierungspräsidium Karlsruhe, ständig daran zu erinnern, dass es hier um Hochwasserschutzprojekte und nicht um Umweltschutzprojekte geht. Den ökologischen Träumereien gilt es Einhalt zu gebieten. Ende 2017 haben wir einen Anwalt damit beauftragt, unsere Interessen zu vertreten.

## **Investitionen 2018**

Fast 11 Mio. € an Investitionen sind im Haushaltsplan 2018 eingeplant. Hierzu kommen noch knapp 3,3 Mio. € Haushaltsreste der Vorjahre und fast 1 Mio. € Sanierungen im Verwaltungshaushalt.

Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Rheinsheim macht täglich Fortschritte. Wir werden das Gerätehaus in 2018 einweihen können. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Huttenheim ist auf den Weg gebracht. Der Umbau des Strommastes ist bereits in vollem Gange. Die Ausschreibung der Gewerke wird im 1. Quartal 2018 stattfinden.

Heute Abend beenden wir das Programm Soziale Stadt „Altstadt Nord/Schulzentrum“ mit der Aufhebung der Sanierungssatzung. Mit diesem Programm waren wir erfolgreich. Es wurden private Baumaßnahmen und städtebauliche Projekte wie zum Beispiel der Kreisel am östlichen Stadteingang und das Heimatmuseum gefördert.

Das Programm half uns auch, unsere Bildungs- und Campusstrategie wirksam weiter zu verfolgen, u.a. mit dem Bau des Kindergartens St. Maria oder der Sanierung des ehemaligen katholischen Pfarrzentrums zum neuen Schülerhort.

Am Ende haben wir im Sanierungsgebiet „Altstadt Nord / Schulzentrum“ fast 8,3 Mio € investiert und dafür 2,7 Mio € Förderung erhalten. Dies entspricht einer hervorragenden Quote von 32,65 %.

Für die Stadteile Huttenheim und Rheinsheim haben wir 2016 ein Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept aufgestellt und entsprechende Zuschussanträge gestellt.

Im März 2017 erhielten wir vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg einen Zuschussbescheid mit einem Förderrahmen in Höhe von 2,33 Mio € im Rahmen des SSP-Programms. 1,4 Mio € Landes- und Bundesmittel werden für die städtebauliche Erneuerung von Rheinsheim zur Verfügung gestellt.

Wir sind guter Dinge, nun auch mit Huttenheim ins Förderprogramm aufgenommen zu werden. Einen erneuten Antrag haben wir gestellt.

Wir haben 2017 konsequent am SSP-Programm weitergearbeitet und werden im 1. Quartal eine Sanierungssatzung beschließen können.

Für die Sanierung des Anwesens „Löwen“ in Rheinsheim arbeiten wir an einem Zuschusskonzept im Rahmen des SSP. Der Bürgergenossenschaft soll dadurch ermöglicht werden, die komplette Sanierung zeitnah zu realisieren und ein tragfähiges Konzept für einen Dorfladen umzusetzen.

Für die Gewinnung eines Hausarztes in Rheinsheim haben wir nicht nur räumliche Anreize, sondern wir haben auch Angebote von bereits niedergelassenen Ärzten zunächst über eine Anstellung bei einem Arzt die ärztliche Versorgung für Rheinsheim sicherzustellen.

Die Marktplatzrevitalisierung werden wir bei entsprechendem Wetter noch dieses Jahr fast fertig stellen können. Den Kostenrahmen von 303.000 € konnten wir einhalten. Herzlichen Dank auch an die Spender von Bänken, Fahrradständern, der neuen Bank am Ile-de-Ré-Platz und weiteren Geldspenden.

Im Moment wird noch die komplette städtische Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt, um hier nachhaltige Energie und Kosten einzusparen. Wir werden die Ausleuchtungssituation anfangs genau beobachten und gegebenenfalls nachsteuern.

Die Germersheimer Straße werden wir im Rahmen der Straßensanierung durch das Land Baden-Württemberg im Bereich Gehweg und Kanal ebenfalls sanieren. Die Gehwegsanierung erfolgt über das SSP-Programm.

### **Strategisches Ziel „Bildung“**

Unsere Neuausrichtung mit der strategischen Zielplanung Philippsburg 2020 mit dem Ziel „Bildung“ zeigt auch 2017 Erfolge: Die Zahl junger Familien in Philippsburg steigt

tendenziell. Damit einhergehend ist wohl auch der Anstieg der Einkommenssteueranteile und der Einwohner.

Der Campus Philippsburg mit allen seinen weiterführenden Schulen im differenzierten Schulsystem und dem Schülerhort ermöglicht unterschiedliche individuelle Betreuungformen, sogar während der Ferien.

Wir verringern herkunftsbedingte Unterschiede von Schülern und sind auf dem richtigen Weg. In den Klassen 5 und 6 finden wir auf jeden Fall für jedes Kind die geeignete Schulform im dreigliedrigen Schulsystem.

Abgerundet werden soll dieses Konzept durch die Schaffung eines generationenübergreifenden Spielplatzes/Bewegungsparks in unmittelbarer Nähe zum Campus und zum Neubaugebiet Erlenwiesen II und III. In diesem Neubaugebiet werden wir deshalb auf einen größeren Spielplatz verzichten können. Im 1. Quartal 2018 wird die Ausschreibung beginnen.

Unsere klare Bildungsausrichtung ist eine wichtige Säule für eine gelingende Integration. Wir sind ein gutes Stück weiter als andere Kommunen: Von der Integration zur Partizipation. Bei uns zählt größtenteils bereits heute die gemeinsame Zukunft mehr, als die Herkunft - für ein besseres Miteinander. Hier gilt es weiter anzusetzen, damit unsere Neubürger, die bei uns Asyl und Schutz suchen, schnellstmöglich integriert werden.

Mit mehreren Vorbereitungsklassen, verschiedenen speziellen Projekten und unserem Flüchtlingsnetzwerk sind wir hier gut gerüstet.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

ich darf Sie bitten sich auch 2018 aktiv in Gemeinschaft einzubringen. Es gibt viele Möglichkeiten, mit seinen Talente und Ideen in der Gemeinde einen Beitrag zu leisten.

Beteiligung ist aber auch wichtig für Kirchen, Vereine und viele weitere Institutionen, Organisationen und Initiativen.

Ich bedanke mich deshalb an dieser Stelle bei allen, die an der Weiterentwicklung und dem Wohlergehen der Stadt Philippsburg und seiner Stadtteile Huttenheim und Rheinsheim interessiert sind und daran mitarbeiten.

In der Stadt Philippsburg besteht ein breites und festes Fundament an ehrenamtlichem Engagement auf vielen Ebenen.

All denen, die sich in vielfältiger Weise für ein soziales und gerechtes Miteinander in der Stadt einsetzen, danke ich sehr herzlich. Ich danke allen Aktiven, die Verantwortung in den Vereinen und Kirchengemeinden übernehmen.

Das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt als unbezahlbare Ressource, die es nach wie vor zu nutzen und zu unterstützen gilt, wurde in 2017 und wird in 2018 in besonderem Maße gefordert.

Ich danke

dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Hans-Gerd Coenen,  
dem Fraktionsvorsitzenden der FW, Herrn Christopher Moll,  
dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Joachim Pöschel, und  
dem Fraktionsvorsitzenden der ULi, Herrn Ingo Kretschmar,  
sowie allen Stadträtinnen und Stadträten für die konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger.

Ich danke allen für ihr Engagement und insbesondere allen, an dem Zahlenwerk Beteiligten: dem Fachdienst 11 „Finanzmanagement“ mit seinem Leiter Herrn Beigeordnetem Dieter Day und seinem Team sowie allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive Zusammenarbeit.

Es gab – wie immer – sehr viel zu tun.

Für den Erhalt unserer hervorragenden Infrastruktur ist es jedoch notwendiger denn je, weiterhin das Machbare vom Wünschenswerten zu trennen, so dass wir nicht nur den finanziellen Strukturwandel, sondern auch den gesamtstädtischen Wandel im Griff haben.

Schließen werde ich mit einem Zitat von Konfuzius:  
\*551 v. Chr. †479 v. Chr. Chinesischer Philosoph

**„Wer das Ziel kennt, kann entscheiden. Wer entscheidet, findet Ruhe. Wer Ruhe findet, ist sicher. Wer sicher ist, kann überlegen. Wer überlegt, kann verbessern.“**

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine friedvolle und besinnliche Weihnachtszeit, frohe Festtage und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.